



Innenausschuss

27. Sitzung (öffentlich)

6. Dezember 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Durchsuchungsmaßnahmen im Kontext italienischer Organisierter Kriminalität am 05.12.2018	6
	Bericht der Landesregierung	
2	Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2017	8
	Vorlage 17/1286	
	<u>in Verbindung mit</u>	
	Lagebild Salafismus Nordrhein-Westfalen	
	Vorlage 17/1444	

**3 Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen –
Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes
Nordrhein-Westfalen**

26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2351

Ausschussprotokoll 17/299

Stellungnahme 17/712

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3865

Ausschussprotokoll 17/438

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4466

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4508

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4507

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Drucksache 17/4508 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Drucksache 17/4507 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Drucksache 17/4466 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion an.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Drucksache 17/3865 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP

gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD an.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD, den so geänderten Gesetzentwurf Drucksache 17/2351 anzunehmen.

4 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2576

Ausschussprotokoll 17/365

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4490

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Drucksache 17/4490 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD an.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD, den so geänderten Gesetzentwurf Drucksache 17/2576 anzunehmen.

* * *

4 Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2576

Ausschussprotokoll 17/365

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4490

Mit Blick darauf, dass man den Änderungsantrag erst gestern um 19:30 Uhr erhalten habe, habe man ihn bisher nicht intensiv daraufhin überprüfen können, ob es sich wirklich nur um redaktionelle Änderungen handele, so **Hartmut Ganzke (SPD)**. Den Gesetzentwurf selbst sehe man nach wie vor sehr kritisch und werde ihn wohl ablehnen. Beim Änderungsantrag werde man sich enthalten und die abschließende Entscheidung erst zum Plenum treffen.

Verena Schäffer (GRÜNE) weist Marc Lürbke im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 2 darauf hin, sie halte sich sehr wohl an Verfahrensabsprachen der Obleute, wie sich aus den Protokollen ergebe. Allerdings habe man in der Obleuterunde nicht vereinbart, heute diesen Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Ihre Fraktion hätte nämlich zum Gesetzentwurf, dessen Beschlussfassung für Januar vorgesehen gewesen sei, gerne einen eigenen Änderungsantrag eingebracht. Nach wie vor bestehe beim Gesetzentwurf trotz des von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungsantrages Nachbesserungsbedarf. Auch die Sachverständigen hätten Bedenken geäußert etwa mit Blick auf die hypothetische Datenneuerhebung nach § 23 Abs. 3, die wiederum verfassungswidrig wäre.

Dass man die Berichtspflichten zu den Bodycams klammheimlich abschaffe, obwohl sie mit dem Thema „Datenschutz“ überhaupt nichts zu tun hätten, könne sie überhaupt nicht nachvollziehen.

Auch sie kritisiert, man habe den Änderungsantrag nur überfliegen können. Ihre Fraktion werde sich enthalten, weil die vorgesehenen Änderungen sinnvoll erschienen. Dem Gesetzentwurf aber könne ihre Fraktion nicht zustimmen.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, man habe nicht in der letzten Obleuterunde, sondern schon in einer Obleuterunde vor vielen Monaten vereinbart, dieses Gesetz immer im Zusammenhang mit dem Polizeirechtsänderungsgesetz zu behandeln.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Drucksache 17/4490 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD an.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD, den so geänderten Gesetzentwurf Drucksache 17/2576 anzunehmen.

Vorsitzender Daniel Sieveke dankt dem Ausschuss für die nicht immer einfache, aber immer kollegiale und konstruktive Zusammenarbeit im ablaufenden Jahr und wünscht den Ausschussmitgliedern und ihren Familien ein paar ruhige Adventstage, alles Gute für den Jahreswechsel, Gesundheit, und all denen, die jetzt nach Hamburg führen, eine glückliche Wahl.

gez. Daniel Sieveke
Vorsitzender

21.01.2019/23.01.2019

83